

## DIE HERRSCHAFT DES FINANZSYSTEMS

# Oligarchen

1919 wurde auch aus dem rechtskonservativen Spektrum Kritik an einer die gesamte Politik beherrschenden Oligarchie laut (in Oswald Spengler, *Preußentum und Sozialismus*: „Soll in Zukunft der Handel den Staat oder der Staat den Handel regieren?“). Die Frage war vielleicht zu früh gestellt, aber heute ist sie noch aktueller als damals.

*Von Max Otte*

In einigen Aufsätzen habe ich 2011 den vor einem Jahrhundert vom amerikanischen Verfassungsrichter Louis Brandeis geprägten Begriff der Finanzoligarchie wieder in die Diskussion eingeführt und das Problem der Herrschaft der Hochfinanz – jenseits aller Verschwörungstheorien – thematisiert. Wir sind Zeuge davon, dass ein Geflecht von Investmentbanken, Schattenbanken und Hedgefonds, Ratingagenturen, Lobbyisten und angeschlossenen Akteuren einer kleinen Schicht massive leistungsfreie Einkommen verschafft, ohne eine Wertschöpfung für die Gesellschaft zu leisten, ja oft unter aktiver Schädigung der Realwirtschaft.

Wen es erschreckt, dass im 21. Jahrhundert längst überwundene gesellschaftliche Phänomene wieder auftreten, der sei daran erinnert, dass Geschichte nicht linear verläuft und ihre eigene Dialektik besitzt. Dabei war es schon immer die Aufgabe der kritischen Sozialwissenschaft, dysfunktionale Machtstrukturen zu analysieren und zu entlarven. Mit meinen Beobachtungen stehe ich auch keinesfalls alleine da. Helge Peukert widmet in den frühen Auflagen seines Buchs über die Finanzmarkt- und Staatsschuldenkrise ein Kapitel der „Kaperung“ der Politik durch die Finanzbranche.

Allerdings ist die Zahl der kritischen Ökonomen gering. Die große Masse ist zu einer Priesterkaste der Märkte mit Legitimationsfunktion für die Finanzoligarchie geworden. Die unkritische Verwendung des Mythos „Markt“ führt dazu, dass noch die absurdeste Einkommens-

und Vermögensverteilung und auch die instabilsten und dysfunktionalsten Finanz- und Wirtschaftssysteme legitimiert werden können. Die anschwellende Zahl der Scholastiker des Marktes wird damit zu einer unentbehrlichen Säule für die Herrschaft des Finanzkapitals.

Die Methoden der Finanzoligarchie sind subtil, aber effektiv. Wenn der angesehene Otmar Issing nach seiner Amtszeit bei der Europäischen Zentralbank bei Goldman Sachs anheuert und danach die Finanzmarktreformkommission der Bundesregierung leitet, hat das durchaus ein „Gschmäcke“. Mario Draghi war bei Goldman Sachs, ebenso Mario Monti.

Heute dominieren die großen Finanzmarktakteure das Geschehen. Wenn Goldman Sachs, die Deutsche Bank oder Private-Equity-Fonds sich ein Drehbuch für den Ablauf der sogenannten „Eurokrise“ hätten wünschen können, entspräche es in weiten Teilen dem tatsächlichen Verlauf. Zunächst verdienten die kapitalmarkt-orientierten Akteure mit sehr riskanten Geschäften, zum Beispiel im Subprime-Bereich, auf Kosten der systemischen Stabilität exorbitant viel Geld. Nach Ausbruch der Krise nahmen sie die Bürgerinnen und Bürger in den westlichen Industrienationen in Haftung. Als Konsequenz der Rettung des Finanzsektors explodierten die Staatsschulden. Die Gewinne wurden privatisiert, die Kosten sozialisiert.

Nun sollen in der sogenannten „Eurokrise“ die Länder der europäischen Peripherie massive Haushaltseinsparungen durchführen. Die großen Finanzmarktakteure kommen wiederum weitgehend ungeschoren davon: Sie tragen nur

---

Dr. Max Otte ist Professor für quantitative und qualitative Unternehmensanalyse an der Karl-Franzens-Universität Graz

in sehr geringem Umfang das Risiko für ihre falschen Kredit- und Investitionsentscheidungen. Wiederum leiden die Bürgerinnen und Bürger in den Südländern, ohne dass das eigentliche Problem dieser Länder – die mangelnde Wettbewerbsfähigkeit – direkt angegangen würde. Und wieder profitieren kapitalmarktorientierte Banken, Hedgefonds und Family Offices, die im Zuge der „Eurokrise“ Unternehmen auf den spottbilligen europäischen Aktienmärkten kaufen können.

In den letzten Wochen gab es eine wachsende Anzahl von Übernahmeangeboten und Übernahmen kontinentaleuropäischer Firmen. General Electric und Intel kündigen Übernahmen in Europa an. Eigentlich ist die Situation paradox: Es geht Europa makroökonomisch insgesamt viel besser als den USA, die sich etwa in der Situation Spaniens, jedenfalls in einer schlechteren Situation als Italien befinden. Europa hat ein kumulatives Haushaltsdefizit von 4 bis 5 Prozent, die USA eines von über 10 Prozent. Aber die hausgemachte Schwäche der Eurozone führt dazu, dass Finanzmarktakteure, die oftmals in New York und London sitzen, hierzulande auf Einkaufstour gehen.

Die Lösung für die sogenannte „Eurokrise“ wäre einfach. Wir benötigen dazu nur sechs recht einfache und gut nachvollziehbare Regelwerke:

Erstens würde ein geordnetes Insolvenzverfahren für Staaten und Banken, das aktiviert wird, wenn EFSF- oder ESM-Hilfen in Anspruch genommen werden, wieder Marktwirtschaft und Verantwortung für Staaten und Banken einführen. Banken würden verpflichtet, selbst Abschreibungen vorzunehmen, wenn sie öffentliche Hilfen in Anspruch nehmen.

Ausreichende Eigenkapitalanforderungen für alle Finanzmarktakteure, also nicht nur Banken, sondern vor allem auch Hedgefonds und Schattenbanken, würden zweitens verantwortungsvolles Wirtschaften fördern, indem die Finanzmarktakteure – größtenteils die Reichen und Superreichen – mit eigenem Kapital haften müssten. Gleichzeitig müssen wir die unfaire und manipulative Hinterlegung von Krediten mit risikogewichtetem Eigenkapital rückgängig

machen und eine einfache Hinterlegung sowie einen maximalen Hebel für Banken wieder einführen. Denn die Risikohinterlegung hat zu einer Ausdünnung der Kapitalbasis und zu einer Benachteiligung von (nachhaltigen) Kreditgeschäften gegenüber (spekulativen) Kapitalmarktgeschäften geführt.

Die Möglichkeit des Austritts aus der Eurozone für periphere Staaten schwächt den Euro nicht, sondern stärkt ihn. Zudem wird damit die Spirale der Erpressung gegenüber den Nordländern durchbrochen.

Die Begrenzung der Verschuldungsmöglichkeiten über die Target-2-Salden der europäischen Zentralbank würde viertens verhindern, dass die schwächste Nation Europas, deren Banken sich unbegrenzt verschulden können, zum inoffiziellen Leitwährungsland gemacht wird und die Währungspolitik bestimmt.

Fünftens müssen wir den Fiskalpakt beenden, der die Bürgerinnen und Bürger in Haftung nimmt, ohne das Problem der falsch konstruierten Währungsunion und der Wettbewerbsfähigkeit der Südländer wirklich anzugehen.

Zur Durchsetzung der Reformen würden wir, sechstens, europäische Institutionen und eine europäische sowie deutsche Politelite benötigen, welche der Macht der großen Finanzmarktakteure etwas entgegenzusetzen hätten. Von so etwas sind wir weit entfernt: Weitgehend kopflos laufen Politiker und Spitzenbeamte der teilweise inszenierten Krise hinterher und lassen sich von Goldman Sachs oder der Deutschen Bank Lösungen einflüstern, obwohl sich Angela Merkel 2009 in einem seltenen Moment öffentlich enttäuscht über den Rat seitens Josef Ackermanns zeigte.

Reformen müssen von Koalitionen getrieben sein. Es muss reale Macht, es müssen reale Interessen und es müssen Eliten dahinterstehen. Sonst verpufft jeder Protest, und nachher kehren die alten Strukturen zurück. Das ist jetzt teilweise schon beim „arabischen Frühling“ zu sehen, und es wird auch das Problem der Occupy-Bewegung werden.

Vom jetzigen System profitieren viele: die Finanzbranche und die Schattenbanken, die großen Vermögen und die Superreichen, Politi-

ker, die sich von der Finanzlobby die Richtung vorgeben lassen, Ökonomen, die in großer Mehrheit auf die Legitimation des bestehenden Systems trainiert sind, Schuldner – wenn die Schulden groß genug sind – und Schuldnerländer. Es leiden wie bereits zweimal im zwanzigsten Jahrhundert die Sparer und die Besitzer von Geldvermögen und Geldforderungen.

Damit hat die sogenannte „Eurokrise“ auch einen verteilungspolitischen Aspekt: Durch niedrige Zinsen werden Finanzmarktakteure und große Vermögen belohnt und Sparer bestraft, durch den Fiskalpakt und die Sparprogramme werden die Bürger bestraft. Bürgerinnen und Bürger, Gewerkschaften, Volks- und Raiffeisenbanken, Sparkassen und der Mittelstand könnten also Mitglieder einer Reformkoalition sein. Nicht umsonst haben sich die Familienunternehmer sehr deutlich gegen die sogenannte „Euro-Rettung“ ausgesprochen, während die Manager der Großkonzerne, die eigenes Geld einsetzen, fast ausschließlich für die Euro-Rettung sind.

Die große Finanzmarktkrise ist auch eine Systemkrise zwischen dem nachhaltigen, kreditorientierten kontinentaleuropäischen und dem kurzfristigen, börsenorientierten angelsächsischen System. Das kreditorientierte System ist langfristig angelegt und beruht auf Vertrauen. Die Sicherheit der Forderung ist wichtiger als der schnelle Gewinn. Das kapitalmarktorientierte System beruht hingegen auf dem schnellen Gewinn, der oft auch durch reine Börsengeschäfte ohne realen Hintergrund erreicht wird. Die Stärke des Kredit- und oftmals genossenschaftlich organisierten deutschen und mitteleuropäischen Wirtschaftsmodells wurde dabei schon 1915 vom französischen Ökonomen Henri Hauser hervorgehoben.

Nach dem Scheitern der Börsenspekulation und dem großen Crash vom 1929 übernahm das kapitalmarktorientierte angelsächsische System etliche Elemente des kreditorientierten Systems: so zum Beispiel die Trennung von Geschäfts- und Investmentbanking, die strenge Regulierung von Börsengeschäften und eine umfassende Finanzmarktaufsicht. Bankgeschäfte sollten langweilig und sicher sein und der Real-

wirtschaft dienen. Seit Ende der 70er Jahre wird nun die Regulierung des Finanzmarktes zugunsten eines ungebremsten Finanzkapitalismus Schritt für Schritt aufgehoben.

Mittlerweile dämmert es vielen Bürgern in Europa, dass dieser ungefesselte Hyperkapitalismus Kontinentaleuropa und seine Werte im Kern bedroht. Denn in Kontinentaleuropa gibt es eine Tradition der öffentlichen Güter, des Sozialstaats und eines Finanzsektors, welcher der Realwirtschaft dient. Insofern war es eine kleine Revolution der Außenpolitik, als sich im Juni dieses Jahres die Regierungschefs der vier größten Volkswirtschaften Kontinentaleuropas trafen, um gemeinsame Aktionen zu besprechen. Heraus kam auf dem Gipfel nicht allzu viel, aber allein die Erkenntnis, dass die bank- und sozialstaatsorientierten Nationen Kontinentaleuropas gemeinsame Interessen haben, zeigt in eine neue Richtung.

Wir brauchen Waffengleichheit zwischen der Finanzoligarchie und den Vertretern des Gemeinwohls. Dazu wiederum benötigen wir einen starken Staat – einen „starken“ Staat, wohlgemerkt, nicht einen ausufernden. Denn ein umfassender Staat kann sehr schwach sein, während ein starker Staat sich auf das Setzen und Durchsetzen von Regeln in wichtigen Kernbereichen beschränken kann.

Dass das deutsche Finanzministerium derzeit hoffnungslos unterbesetzt ist, zeigt schon die Tatsache, dass der Entwurf für das Finanzmarktstabilisierungsgesetz von einer Rechtsanwaltskanzlei gefertigt wurde. In den Verhandlungen mit Akteuren der Finanzbranche waren die Bundesregierungen in den letzten Jahren überfordert und übervorteilt. In den hoch geheimen Verhandlungen zur Rettung der Hypo Real Estate, an denen auch Jörg Asmussen teilnahm, machten die anwesenden Vorstandsvorsitzenden der großen Privatbanken den Vorschlag, 40 Prozent des Schadens zu übernehmen – aber nur bis zu einem Gesamtschaden von 10 Milliarden Euro, sprich 4 Milliarden für die Banken. Über 140 Milliarden betrug der Gesamtschaden, der für die Hypo Real Estate entstand und für den die Steuerzahler bürgten. Damit waren die großen Privatbanken nicht

gezwungen, Abschreibungen in hoher zweistelliger Milliardenhöhe vorzunehmen. Wie ein Hohn klingt Josef Ackermanns Aussage, die Deutsche Bank habe keine öffentlichen Gelder in Anspruch genommen.

Zu einem starken Staat gehören Elitebeamte – Menschen, die mit ihrer Arbeitskraft dem Gemeinwohl dienen und darin Befriedigung finden. Zu behaupten, für weniger Gehalt als in der freien Wirtschaft bekäme man nur schlechtere Mitarbeiter, ist zynisch. Auch heute sind viele Menschen bereit, dem Gemeinwohl zu dienen, wenn der Sold angemessen ist.


Die Bundesbank ist vielleicht die letzte „preußische“ Institution in Deutschland – objektiv, unabhängig und auf ihre Mission, die Geldwertstabilität, fokussiert. Die Beamten dort hatten sich oftmals einer Lebensaufgabe verschrieben und verstanden und verstehen sich durchaus als Mitglieder einer besonderen Institution, als Wächter der Währung. In gewisser Weise lässt sich Ähnliches auch vom Bundesverfassungsgericht sagen, obwohl dieses sicherlich eine für die Bundesrepublik sehr typische Institution ist.

Frankreich hat es in der zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts geschafft, ein Corps von Elitebeamten und einen handlungsfähigen Staat zu rekonstruieren, nachdem die verschiedenen französischen Staatsformen über mehr als ein Jahrhundert höchst krisengeschüttelt waren. Damit ist Frankreich ein Modell für einen deutschen Staat, in welchem auch der Beamtenstand wieder seine legitime und wichtige Rolle bei der Zurückdrängung von Partikularinteressen spielen kann. Von der Politik kann man das nicht erwarten; sie besteht aus Partikularinteressen.

Paradoxerweise müssten wir zu diesem Zweck etwas tun, was eher an die USA oder England erinnert: die höheren Positionen des öffentlichen Dienstes für Quereinsteiger öffnen, die sich in der Wirtschaft bewährt haben. Ebenso benötigen wir eine beschleunigte Laufbahn für hochtalentierte junge Beamte. Am besten wäre es noch, wenn sie keiner Partei angehörten, obwohl dies verfassungsrechtlich nicht einfach durchzusetzen sein wird.

**D**eutschland und Preußen standen für einen planmäßigen und geordneten Rechts-

staat, der dennoch auf Unternehmertum, Eigeninitiative und Eigenverantwortung setzte. Der Rang in der Gesellschaft und die Lebensleistung, nicht die finanzielle Potenz des Einzelnen waren maßgebend. Führungskräfte übernahmen Verantwortung für Mitarbeiter. Der Hyperkapitalismus angelsächsischer Prägung hat den schnellen Reichtum zum Lebensziel erhoben. Das „Beutemachen“ in mehr oder weniger subtiler Form ist hier stilbildend. Unglaubliche Geschäftsgewinne haben sich in den letzten Jahren eingeschlichen; sie sind am deutlichsten zu sehen im Umgang vieler Banken und Geldhäuser mit ihren Privatkunden.

Es wird langsam Zeit, dass eine Koalition aus der Bürgerschaft, dem Mittelstand, Staatsdienern, den Gewerkschaften, Volks- und Raiffeisenbanken sowie den Sparkassen der Finanzoligarchie entgegentritt. Deutschland muss hier seine historische Zurückhaltung überwinden und eine wichtige Rolle übernehmen, indem es sich auf preußische und (alt-)bundesrepublikanische Tugenden besinnt. Dabei muss Deutschland den Schulterschluss mit Frankreich suchen. Das ist die letzte Chance, unser bewährtes kontinentaleuropäisches Gesellschaftsmodell in das 21. Jahrhundert zu retten. 

*Eine deutsche Bank in Frankfurt*



Raymond Speckling